

Pressemitteilung

22.10.2024

Für Lokalmedien, Politikredaktionen

Parteien aus der Mitte des Bamberger Stadtrates bündeln Kräfte für Schließung des Ankerzentrums

Die Sprecherin von Grünes Bamberg Michaela Reimann und der Kreisvorsitzende der SPD Bamberg Olaf Seifert appellieren an die CSU Bamberg und insbesondere an die Landtagsabgeordnete und ehemalige Staatsministerin Melanie Huml, ihren Einfluss für die verbindliche Schließung des Ankerzentrums in München geltend zu machen. Denn der notwendige Beschluss der Staatsregierung, damit das Ankerzentrum in Bamberg-Ost zum 31.12.2025 geschlossen wird, fehlt noch immer. „Die Belastungen durch das Ankerzentrum sind gewaltig. Das gilt sowohl für die Menschen außerhalb des Ankerzentrums als auch für die Bewohner*innen selbst“, so Reimann. Der Freistaat Bayern hat mit der Stadt Bamberg zwei Vereinbarungen getroffen, welche unwiderruflich das Betriebsende für das Ankerzentrum in Bamberg spätestens zum 31.12.2025 festlegen. In vielen Stellungnahmen hat sich die Region unverändert und bedingungslos für die Einhaltung dieser Frist ausgesprochen. SPD Bamberg und Grünes Bamberg vertreten die Auffassung, dass die Kräfte nunmehr gebündelt werden müssen. Bis heute fehlt jedoch nicht nur ein Beschluss der Bayerischen Staatsregierung, damit das Ankerzentrum definitiv zum 31.12.2025 geschlossen wird, sondern im Gegenteil mehren sich die Anzeichen, dass die CSU eine generelle Fortführung der Ankerzentren anstrebt. „Als stellvertretende CSU Parteivorsitzende, Landtagsabgeordnete und ehemalige Staatsministerin hat Melanie Huml die Aufgabe selbst tätig zu werden, statt ablenkend mit dem Finger auf die Stadt Bamberg zu zeigen und auf Seiten der CSU endlich für eine belastbare Entscheidung im Sinne der Stadtgesellschaft zu sorgen.“, so Seifert. Bestärkt wird Seifert in diesem Ansinnen auch von Bambergs-Mitte Stadtrat Jürgen Weichlein: „Der Bamberger Bürgerschaft ist mit Lippenbekenntnissen von Frau Huml nicht geholfen, wir wollen von ihr endlich konkrete Taten sehen und erwarten von der CSU und der Staatsregierung einen baldigen Beschluss zur Schließung des Ankerzentrums“.